

Sende-Sperrfrist: 10. März 2015, 10:30 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

PRESSESTATEMENT

von

Anton F. Börner

Präsident des Bundesverbandes Großhandel,
Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA)

**Deutschlands Außenhandel
Im Zeichen zunehmender Krisen**

Berlin, 10. März 2015, 10:30 Uhr
Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz
Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

gleich zu Beginn möchte ich klarstellen: Der deutsche Außenhandel ist nicht in der Krise, er muss sich aber immer wieder aufs Neue beweisen. Krisen waren dabei schon immer ein fester Bestandteil. Angesichts der Vielzahl unterschiedlicher regionaler Konflikte und struktureller Krisen leistet die deutsche Außenwirtschaft Außerordentliches – wenn man uns denn läßt.

So hat der deutsche Außenhandel das Jahr 2014 mit einem neuen Rekordergebnis abgeschlossen. Und trotz aller Sorgen erwarten wir auch im laufenden Jahr 2015 neue Höchstwerte sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen und dem sich daraus ergebenden Außenhandelsüberschuss.

Mit 1.134 Milliarden Euro lagen die deutschen Ausfuhren 2014 um 3,7 Prozent über denen von 2013. Bei den Einfuhren war ein Wachstum von 2,0 Prozent auf 917 Milliarden Euro zu verzeichnen. Die Außenhandelsbilanz schloss damit mit einem neuen Rekordüberschuss von 217 Milliarden Euro, der um 11 Prozent über dem von 2013 lag. In den vergangenen Jahren musste sich Deutschland für diesen Überschuss immer wieder rechtfertigen, was bei unseren europäischen Unternehmerkollegen verwundert zur Kenntnis genommen wird. Denn wenn es Deutschland gut geht, geht es auch vielen Unternehmen in unseren europäischen Nachbarstaaten gut. Im Schnitt beruhen 40 Prozent eines Exportguts auf Importen bzw. Vorleistungen aus dem Ausland. Hinzu kommt, dass beispielsweise die kumulierten Außenhandelsbilanzüberschüsse mit den Krisenstaaten Griechenland, Italien, Irland, Portugal, Spanien seit 2007 um über 60 Prozent abgenommen haben – von 46 Milliarden Euro auf 18 Milliarden Euro.

Unsere Wachstumsmärkte lagen 2014 erneut außerhalb der Eurozone. Gleichwohl hat sich die wirtschaftliche Lage in einigen europäischen Ländern wieder stabilisiert. Die deutschen Ausfuhren nach Spanien und Portugal sind im Jahresvergleich beispielsweise um über 11 Prozent gewachsen und haben einen Teil des krisenbedingten Rückgangs zuvor wieder gutgemacht. Die BRIC-Staaten hingegen sind entzaubert (Russland: -18%, Brasilien: -8%). Lediglich China konnte mit einem Wachstum der deutschen Exporte von über 11 Prozent nennenswerte Impulse setzen. Vielmehr kamen entscheidende Impulse aus den USA (+7,5%), aus

Großbritannien (+11,5%) und aus Südosteuropa wie Bulgarien (+25%), Ungarn (+13,5%) und Polen (+11,9%).

Für 2015 rechnen wir trotz einer gedämpften Stimmung infolge zunehmender Krisen mit einem Anstieg der Ausfuhren um bis zu 4,5 Prozent auf 1.185 Milliarden Euro und der Einfuhren um bis zu 4 Prozent auf 954 Milliarden Euro. Der Außenhandelsbilanzüberschuss wird damit auf 231 Milliarden Euro weiter ansteigen.

Wachsende Unsicherheit lähmt trotz neuer Exportrekorde dennoch die Investitionsbereitschaft der Unternehmen und gefährdet damit den Erfolg von morgen. Und sie beginnt vor unserer Haustür: So stehen im Mai in Großbritannien Wahlen mit einem ungewissen Ausgang für die EU an. Auch der Ausgang der Griechenlandfrage bleibt zumindest in den kommenden Monaten und wohl auch darüber hinaus völlig offen – mit allen unabsehbaren negativen aber vielleicht auch positiven Folgen für die Eurozone. Abgeschwächt gilt dies natürlich auch für die europäischen Schwergewichte Frankreich und Italien, die nach wie vor zu wenig und zu langsam Reformeifer an den Tag legen. Hinzu kommt, dass der niedrige Ölpreis sich zwar durchaus günstig auf die Konsumententwicklung auswirkt, nicht aber auf langfristige Investitionsentscheidungen, da er sich schnell wieder ändern kann. Aber auch ein Abschwächen der chinesischen Konjunktur würde seine negativen Spuren im deutschen Außenhandel hinterlassen, genauso wie das Platzen von möglichen Preisblasen auf den Finanzmärkten aufgrund der aktuellen Zinspolitik der EZB.

Wachstumsimpulse erwarten wir zukünftig vor allem aus den USA und den Ländern der zweiten Reihe. Die USA haben sich deutlich schneller und besser erholt als erwartet und auch China zeigt sich zwar mit einem schwächeren Wachstum, dafür aber auf einem erfreulich hohen und stabilen Niveau. Trotz der großen Herausforderungen peilt die Regierung um Li Keqiang ein Wirtschaftswachstum von 7 Prozent an. Dabei sind Herausforderungen wie der Umweltschutz auch gerade die Bereiche, in denen deutsche Unternehmen Technologieführer und somit gefragte Geschäftspartner sind.

Hinsichtlich der Länder aus der zweiten Reihe erwarten wir ebenfalls positive Impulse insbesondere aus den ASEAN-Staaten. Die Nähe zu China, die niedrigen Lohnkosten sowie die Demografie bilden hier eine gute Grundlage. Hinzu kommt, dass diese zehn Staaten Südostasiens bestrebt sind, einen gemeinsamen

Binnenmarkt zu errichten, die Zölle abzubauen und die Freizügigkeit von Fachkräften auszubauen.

In Bezug auf die Warenstruktur erwarten wir keine wesentlichen Änderungen. Auch 2015 werden Kraftwagen, Maschinen und chemische Erzeugnisse unsere wichtigsten Exportgüter sein.

Darin nicht enthalten doch nicht zu vergessen: Der stetig wachsende und an Bedeutung gewinnende Dienstleistungsexport, der den „klassischen“ Warenexport von Gütern ergänzt und wie beispielweise im Facility Management eine eigenständige Leistung darstellt, die nicht mehr nur um die exportierten Waren gruppiert ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Deutschland ist stärker denn je in die Weltwirtschaft eingebunden und ist einer der größten Profiteure der Globalisierung. Dadurch spüren wir jedoch umgehend, wenn Sand in das Getriebe der weltweit aufgestellten Wertschöpfungsketten kommt. Denn eine der wichtigsten Funktionen des Handels ist die effiziente Verteilung der Ressourcen über den gesamten Globus.

Dieser Funktion wird der Handel selbstverständlich auch in unsicheren Zeiten gerecht. Jedoch erhöhen sich die Transaktionskosten und verschieben sich die Warenströme:

So sind die deutschen Ausfuhren nach Russland im letzten Jahr um fast ein Fünftel (-18,1 Prozent) und in die Ukraine um ein Drittel (-33,1 Prozent) eingebrochen. Aber auch in zahlreichen Nachbarstaaten hat die Auseinandersetzung zwischen den beiden Ländern tiefe Spuren in den Handelszahlen hinterlassen.

Ja, der Anteil des russisch/ukrainischen Handels an den 1,1 Billionen Euro deutscher Gesamtausfuhren ist mit unter 3 Prozent vergleichsweise gering. Und ja, selbstverständlich erkennen wir das Primat der Politik an.

Gleichwohl sind die Konsequenzen gerade für spezialisierte Unternehmen bitter. Hier gibt es Unternehmen, die noch vor kurzem Leuchttürme im Osten Deutschlands waren und nun um ihre Existenz kämpfen müssen, da die Investitionen in Russland ausbleiben und die Erschließung neuer Märkte sehr viel Zeit und Geld benötigt. Aber auch breit aufgestellte Handelsunternehmen müssen mit den Konsequenzen,

beispielsweise des Rubelverfalls und den daraus resultierenden Belastungen fertig werden.

Die mangelnden Investitionen, gepaart mit dem Rubelverfall wirken sogar schwerer als die Embargomaßnahmen. Denn das Vertrauen in die russische Regierung und das wirtschaftliche Umfeld ist zerrüttet. Gerade deshalb muss die Bundesregierung in ihrem Bestreben nach einer friedlichen Lösung festhalten und alle Kommunikationskanäle offen halten.

Auch der Nahe und Mittlere Osten kommt weiterhin nicht zur Ruhe, im Gegenteil: Irak, Iran, Syrien, Libanon – Länder, mit denen uns jahrzehntelange Wirtschaftsbeziehungen verbinden, sind um Jahrzehnte zurückgefallen. Das Vorgehen des IS zeigt auf eine erschreckende Weise die Entgrenzung der Krisenherde von einzelnen Nationalstaaten und die unmittelbare Streuung auf ganze Regionen. Dies hat direkte Auswirkungen auch auf die Exportfähigkeit von Gütern, denn der Endverbleib beispielsweise von Maschinen, Chemikalien oder anderer Güter für die industrielle Fertigung wird immer stärker hinterfragt und erschwert. Gleichzeitig wirken die Einnahmeausfälle dieser Staaten, die aus dem niedrigen Ölpreis resultieren, investitionshemmend – auch wenn dies durch entsprechende Rücklagen derzeit aufgefangen werden kann.

Gerade vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Delegationsreise von Bundeswirtschaftsminister Gabriel in die Golfregion, denn es führt kein Weg vorbei am persönlichen Dialog, auch um für unsere Werte wie Meinungsfreiheit und Demokratie einzutreten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Maßnahmen zum Aufbau neuen Vertrauens sind aber nicht nur in der Ferne von Nöten. Vielmehr steht auch die derzeitige Euroschwäche in einem direkten Zusammenhang.

Nur auf den ersten Blick ist ein schwacher Euro für eine Exportnation wie Deutschland erfreulich. Deutschland ist aber auch einer der größten Importeure auf der Welt. Ohne die niedrigen Rohstoffpreise würde der schwache Euro tiefe Spuren in unserer Importrechnung hinterlassen und somit auch die Verkaufspreise im Export erhöhen.

Ein Wechselkurs sollte die Stärke einer Wirtschaft widerspiegeln. Für die deutsche Wirtschaft trifft dies derzeit nicht zu. Dies sehen wir insbesondere deshalb kritisch, da die Wechselkursentwicklung in direktem Zusammenhang mit den jüngsten Entscheidungen der EZB stehen. Die EZB hat hier eine Tür geöffnet, hinter der die Gefahr eines Währungskrieges lauert. Dieser Weg ermuntert andere Staaten geradezu, gleichfalls eine Politik der Außenwirtschaftsförderung mittels Wechselkursabwertungen anzustreben. Dieser Schritt zerstört das notwendige weltweite Vertrauen in eine stabile Währung und gefährdet den Zusammenhalt in Europa.

Allein seit Jahresanfang haben u.a. die Notenbanken in Vietnam, Indien, Kanada und der Türkei Maßnahmen getroffen, um ihre Heimatwährungen für ihre Exportmärkte „günstig“ zu halten.

Tragisch daran ist, dass diese Politik der EZB nicht einmal den Krisenländern helfen wird. Denn Geldpolitik kann die nötigen Strukturreformen nicht ersetzen. Darüber hinaus werden noch zusätzlich falsche Anreize gesetzt, denn das künstlich erzeugte niedrige Zinsniveau spiegelt in keiner Weise die tatsächlichen Ausfallrisiken in den Krisenländern wider. Vielmehr stellt es eine Ermunterung dar, sich an den zu laschen Brüsseler Kontrolleuren vorbei weiter zu verschulden.

Griechenland ist in diesem Zuge das prominenteste Beispiel, auch wenn die EZB wohl keine griechischen Staatsanleihen plant anzukaufen. Die neue Regierung Griechenlands agiert völlig undurchsichtig. Hier ist überhaupt nicht abzusehen, wann man wieder in ruhigeres Fahrwasser kommt.

Eine weitere Baustelle der EU sind weiterhin auch die Verhandlungen um die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP).

Die TTIP-Verhandlung sollte dabei auch vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass sich die USA und Europa in den letzten Jahren ökonomisch zunehmend voneinander weg entwickelt haben.

Die USA konnten zuletzt ein Wachstum von 2,4 Prozent sowie drei Millionen neue Jobs verzeichnen. Gleichzeitig stehen die Zeichen bei der Geldpolitik auf Straffung.

Dem gegenüber konnte die EU nur ein schwaches Wachstum von 0,9 Prozent verzeichnen. Hinzu kommt, dass die Arbeitslosenquote nunmehr mit 11,4 Prozent

doppelt so hoch ist, wie in den USA und die geldpolitischen Lockerungen der EZB ein bedrohliches Ausmaß angenommen haben.

Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich die USA erstaunlich schnell wieder erholt. Viele Länder in Europa verharren hingegen in ihren strukturellen Verkrustungen, die eben nicht durch eine Geldpolitik gelöst werden können.

Das TTIP-Abkommen könnte auch diesem Auseinanderdriften positiv entgegenwirken.

Trotz der großen und begrüßenswerten Transparenz, die von allen Beteiligten geschaffen wurde, wird die Diskussion bedauerlicherweise aber auch weiterhin von diffusen Ängsten überlagert. Rationale Argumente fallen auf unfruchtbaren Boden und viele Kritiker entziehen sich der konstruktiven Diskussion durch einen Rückzug auf Ideologien. Uns muss bewusst werden, dass ein Scheitern der Verhandlungen gewaltige Nachteile mit sich bringen wird. Wir riskieren unsere globalen Gestaltungsmöglichkeiten massiv einzubüßen. In der Diskussion um Arbeitsplätze und Standards wird dabei noch ein wichtiges Thema vergessen: Europa und die USA verbindet mehr als Wirtschaftsbeziehungen. Unsere Länder fußen auf den gleichen kulturellen Wurzeln und bilden eine Wertegemeinschaft, die die freiheitlichen Ideale hochhält. Viel zu oft geht dies in der öffentlichen Debatte unter. Letztlich geht es darum, dass die freiheitlich verfasste Welt, die derzeit noch fast die Hälfte der Weltwirtschaftsleistung ausmacht, auch noch im 21. Jahrhundert die Regeln bestimmt, wie Geschäfte gemacht werden. Es geht also darum, dass wir uns nicht von autokratischen und autoritären Staaten diktieren lassen, wie wir unsere Geschäfte machen müssen und wie wir leben sollen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist schon paradox: Trotz der aktuell guten Zahlen müssen wir einen gravierenden Mangel an privaten und an öffentlichen Investitionen verzeichnen. Denn wir sind umkreist von einer Vielzahl von Unruheherden, ob geopolitischer Natur oder auch auch Finanz- und Währungsprobleme. All diese Faktoren haben einen gemeinsamen Nenner und der ist weiter schwindendes Vertrauen in die langfristige Zukunft, angesichts der Tatsache, dass mit Investitionsentscheidungen oftmals eine Kapitalbindung über einen Zeitraum von 20 – 25 Jahren einhergeht.

Vertrauen muss dringend wieder hergestellt werden. Denn erst wenn die Unternehmer auch mittelfristig von einer stabilen Entwicklung überzeugt sind, werden sie mehr investieren als zwingend notwendig. Hier ist insbesondere auch die EZB im Obligo, neues Vertrauen in eine stabile Währung aufzubauen.

Und auch die Politik hierzulande könnte wichtige Signale senden: Natürlich sind ihre Möglichkeiten, die weltweiten Probleme und Konflikte zu lösen, begrenzt. Doch so klug und umsichtig, wie die Bundesregierung auf internationalem Parkett agiert, so entschlossen wünschten wir uns die Große Koalition ans Werk zu gehen, um hierzulande das Unternehmertum zu stärken. Und unter anderem massiv in die heimische Infrastruktur zu investieren, damit der Wirtschaftsstandort Deutschland wettbewerbsfähig bleibt. Niemand sollte sich von den Rekordzahlen blenden lassen, denn strukturelle Probleme wie die zu hohen Energiekosten und der schon bald an Dynamik gewinnende Fachkräftemangel werden durch einen zu schwachen Euro und außergewöhnlich niedrige Energiepreise verschleiert.

Bislang ist jedoch wenig erkennbar, was zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit führen könnte. Im Gegenteil: In puncto Wirtschafts- und Sozialpolitik muss dringend wieder Vernunft einkehren. So gilt es beispielsweise schnellstmöglich die völlig überzogene Bürokratie und die überdehnten Haftungsvorschriften beim Mindestlohn für die Unternehmen beherrschbar zu machen. Ebenso brauchen wir eine wachstumsorientierte Neuregelung der Erbschaftssteuer. Denn wenn wir über eine wettbewerbsfähige Außenwirtschaft sprechen, sprechen wir immer auch über einen wettbewerbsfähigen Standort. Unsere Referenzpunkte dürfen sich dabei nicht allein in Europa befinden, sondern müssen sich an einer globalen Wettbewerbsfähigkeit messen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!